

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/5641 –**

Armutssituation und Angebote für von Armut betroffene Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland und in den Bundesländern

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach den Vorgaben des Grundgesetzes (GG) ist die Bundesrepublik Deutschland „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Artikel 20 Absatz 1 GG). Diese Bestimmung zählt zum Verfassungskern und ist eine der unabänderlichen Vorgaben des Grundgesetzes. Des Weiteren gibt das Grundgesetz vor, dass die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland „den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Bundesstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen“ muss (Artikel 28 Absatz 1 GG). Mit diesen beiden Artikeln schreibt das Grundgesetz das Sozialstaatsprinzip fest. Gemäß den Konkretisierungen durch das Bundesverfassungsgericht ist es demzufolge die Aufgabe des Staates, für soziale Gerechtigkeit und für einen Ausgleich sozialer Gegensätze und Ungleichheiten zu sorgen. Der Staat hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Dasein und eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes leitet sich für den Staat die Pflicht zur Daseinsvorsorge ab. Die Verantwortung für die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ist ein Kernelement des Sozialstaates (Artikel 20 GG).

Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gehört zur zentralen Leitvorstellung des Bundes und der Länder. Das Raumordnungsgesetz (ROG) des Bundes konkretisiert gleich im ersten Grundsatz: „Im Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und in seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben“ (§ 2 Absatz 2 Nummer 1 ROG). Länderverfassungen und Landesplanungsgesetze zitieren den Begriff ihrerseits und verpflichten sich damit zu einer entsprechenden Strukturpolitik und Entwicklung ihres Landesgebietes.

Um die Situation in der Bundesrepublik Deutschland umfangreich zu bewerten, bedarf es auch einer Analyse der Armutssituation und der Angebote für von Armut betroffene Bürgerinnen und Bürger sowohl auf der Ebene des Bundes als auch auf der Ebene der Bundesländer. Damit sollen der Stand und die Herangehensweise der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im

Bundesgebiet vor dem Hintergrund des Grundgesetzes besser beurteilbar werden. Insbesondere geht es aber auch darum, perspektivisch Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, um langfristig allen Bevölkerungsschichten und Generationen in allen Teilen Deutschlands ein Leben in Würde und gleichberechtigter Teilhabe zu sichern.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Rahmen der umfassend ausgebauten sozialen Sicherungssysteme schützen in Deutschland die beitragsfinanzierten Leistungen der vorgelagerten Versicherungen vor den Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Pflege. Darüber hinaus hat in Deutschland grundsätzlich jeder, der sich nicht aus eigenen Kräften helfen kann und keine oder unzureichende Ansprüche auf Leistungen der vorgelagerten Systeme hat, ein Recht auf staatliche Unterstützungsleistungen. Dieser Zugang ist in Deutschland über die beiden Mindestsicherungssysteme des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) sichergestellt. Mit den Leistungen dieser Systeme wird jedem Bürger das Recht auf Führung eines menschenwürdigen Lebens auf dem soziokulturellen Mindestniveau garantiert.

Der hierfür notwendige Lebensunterhalt umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie, persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens, Absicherung gegen Krankheit sowie Unterkunft und Heizung. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört auch eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Dies gilt in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) ermöglicht darüber hinaus eine umfassende Förderung bei der beruflichen Eingliederung.

1. Wie hoch ist die Armutsrisikoquote gemäß EU-Standard (60 Prozent des nationalen mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens, neue Äquivalenzskala) in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern nach EU-SILC (Statistik der EU über Einkommen und Lebensbedingungen), SOEP (sozio-oekonomische Panel), EVS (Einkommens- und Verbraucherstichprobe) und Mikrozensus in den Einkommensjahren 2005 bis 2010 (zwecks Vergleichbarkeit hier und im Folgenden bitte immer die Armutsrisikowerte gemäß den Richtlinien der Expert Group on Household Income Statistics 2001 mit imputierten Einkommensvorteilen, z. B. für Haushalte in subventionierten Wohnungen oder in selbst genutztem Wohneigentum, bestimmen, und wo dies nicht oder nur teilweise geschieht, bitte ausdrücklich kennzeichnen)?

Zur vergleichenden Analyse der Einkommensverteilung sowohl auf der Bundesebene als auch auf der Ebene der Länder kann ausschließlich der Mikrozensus als Datenquelle herangezogen werden. Nur der Mikrozensus erlaubt aufgrund seiner Stichprobengröße einen methodisch sauberen und repräsentativen Vergleich von Landesergebnissen mit dem Ergebnis auf Bundesebene. Deshalb werden die im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter eigens für regionale Auswertungen aufbereiteten Ergebnisse des Mikrozensus verwendet. Neueste verfügbare Daten stammen aus dem Jahr 2009. Eine Berücksichtigung der Einkommensvorteile durch selbst genutztes Wohneigentum (oder die Nutzung von subventionierten Wohnungen) ist auf Basis des Mikrozensus nicht möglich, da entsprechende Informationen nicht erhoben werden.

**Armutrisikoquote¹⁾ nach Bundesländern in %
gemessen am Bundesmedian**

Land	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9
Bayern	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1
Berlin	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0
Brandenburg	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7
Bremen	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1
Hamburg	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0
Hessen	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1
Niedersachsen	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3
Nordrhein-Westfalen	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2
Rheinland-Pfalz	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2
Saarland	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0
Sachsen	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5
Sachsen-Anhalt	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8
Schleswig-Holstein	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0
Thüringen	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6
Nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,2	12,7	12,9	13,1	13,3
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	20,4	19,2	19,5	19,5	19,5

Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

- Wie hoch ist die Armutrisikoquote bei Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren, unter 25 Jahren und bei Älteren über 65 Jahre gemäß EU-Standard in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern nach EU-SILC, SOEP, EVS und Mikrozensus in den Einkommensjahren 2005 bis 2010 (bitte getrennt nach Geschlecht, bezogen auf die jeweilige Altersgruppe und bezogen auf alle Personen)?

Die Armutrisikoquoten differenziert nach Alter und bei den über 18-Jährigen nach Alter und Geschlecht für das Jahr 2005 bis 2009 für alle Länder und die Bundesrepublik Deutschland finden sich in den Tabellen 1 bis 20 im Anhang. Eine Differenzierung der Armutrisikoquote bei den Kindern nach Geschlecht wird (entsprechend dem EU-Standard) nicht ausgewiesen, da das zu Grunde liegende Äquivalenzeinkommen auf der Haushaltsebene berechnet wird und Mädchen und Jungen davon gleichermaßen betroffen sind. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Datenquellen wird auf die methodischen Hinweise in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

3. Wie hoch ist die Armutsrisikoquote bei Erwerbslosen und bei Erwerbstätigen gemäß EU-Standard in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern nach EU-SILC, SOEP, EVS und Mikrozensus in den Einkommensjahren 2005 bis 2010 (bitte getrennt nach Geschlecht, bezogen auf die jeweilige Bevölkerungsgruppe und bezogen auf alle Personen)?

Die Quoten der von einem Armutsrisiko betroffenen Erwerbslosen und Erwerbstätigen differenziert nach dem Geschlecht für das Jahr 2005 bis 2009 für alle Länder und die Bundesrepublik Deutschland finden sich in den Tabellen 21 und 22 im Anhang. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Datenquellen wird auf die methodischen Hinweise in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Wie hoch ist die absolute Anzahl der vom Armutsrisiko betroffenen Erwerbslosen und Erwerbstätigen gemäß EU-Standard in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern nach EU-SILC, SOEP, EVS und Mikrozensus in den Einkommensjahren 2005 bis 2010 (bitte getrennt nach Geschlecht)?

Die absolute Anzahl der von einem Armutsrisiko betroffenen Erwerbslosen und Erwerbstätigen differenziert nach dem Geschlecht für das Jahr 2005 bis 2009 für alle Länder und die Bundesrepublik Deutschland finden sich in den Tabellen 23 und 24 im Anhang. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Datenquellen wird auf die methodischen Hinweise in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Wie hoch sind die absolute Anzahl der vom Armutsrisiko Betroffenen und die Armutsrisikoquote bei Alleinstehenden, bei Alleinerziehenden und bei (Ehe-)Paaren gemäß EU-Standard in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern nach EU-SILC, SOEP, EVS und Mikrozensus in den Einkommensjahren 2005 bis 2010 (bitte getrennt nach Geschlecht und Anzahl der Kinder, die Quote bezogen auf die jeweilige Haushaltgruppe und auf alle Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern)?

Die absolute Anzahl der von einem Armutsrisiko betroffenen Personen in Haushalten von Alleinstehenden, Alleinerziehenden und Paaren und der Anzahl der Kinder für das Jahr 2005 bis 2009 für alle Länder und die Bundesrepublik Deutschland finden sich in Tabelle 25 im Anhang. Eine Differenzierung nach Geschlecht, die sowohl die Erwachsenen als auch die Kinder umfasst, ist bei den Haushaltstypen mit Kindern nicht sinnvoll (s. a. Antwort zu Frage 2). Eine Differenzierung der Alleinerziehenden-Haushalte nach Zahl der Kinder stößt in den kleineren Ländern an Fallzahlgrenzen. Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Datenquellen wird auf die methodischen Hinweise in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

6. Wie hoch ist die Armutsrisikogrenze gemäß EU-Standard in der Bundesrepublik Deutschland nach EU-SILC, SOEP, EVS und Mikrozensus in den Einkommensjahren 2005 bis 2010 (zwecks Vergleichbarkeit auch hier bitte die Werte gemäß den Richtlinien der Expert Group on Household Income Statistics 2001 mit imputierten Einkommensvorteilen, z. B. für Haushalte in subventionierten Wohnungen oder in selbst genutztem Wohneigentum, bestimmen, und wo dies nicht oder nur teilweise geschieht, bitte ausdrücklich kennzeichnen)?

Armutrisikoschwelle für einen Ein-Personen-Haushalt
(60% des Medianäquivalenzeinkommens)

Daten- quelle	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Mikrozensus	736	746	764	787	801
EU-SILC	783	889	916	929	-
SOEP	881	888	917	929	-

Zu beachten ist, dass durch die pauschale Einkommensabfrage im Mikrozensus vor allem solche Einkommen berücksichtigt werden, die einen relevanten Anteil am gesamten Haushaltseinkommen haben und regelmäßig eingehen, während unregelmäßige und geringere Einkommensteile eher vergessen werden. Dadurch wird das Niveau der Haushaltsnettoeinkommen und damit auch der Äquivalenzeinkommen unterschätzt. Eine Berücksichtigung der Einkommensvorteile durch selbst genutztes Wohneigentum (oder die Nutzung von subventionierten Wohnungen) ist mit den Daten des Mikrozensus und von EU-SILC nicht möglich. Ergebnisse zur Einkommensverteilung aus der EVS 2008 liegen noch nicht vor.

7. Gibt es für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt und in den einzelnen Bundesländern eine Statistik über die Zahl von Wohnungslosen?

Welche Definition für Wohnungslosigkeit liegt den Statistiken zugrunde?

Eine bundesweite Statistik über die Zahl von Wohnungslosen gibt es nicht. Zu dem Vorliegen von Statistiken in den einzelnen Ländern liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Lediglich von Nordrhein-Westfalen ist bekannt, dass dort eine Obdachlosenstatistik geführt wird, die aber nur einen Teil der Wohnungslosen erfasst.

Die Bundesregierung unterstützt seit vielen Jahren die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG-W), einer auf Bundesebene agierenden Arbeitsgemeinschaft der Sozialorganisationen sowie der privaten und öffentlich-rechtlichen Träger von sozialen Diensten und Einrichtungen für wohnungslose Personen, die regelmäßig u. a. Schätzungen zur Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland erarbeitet.

Der Begriff „Wohnungslosigkeit“ ist gesetzlich nicht definiert. Nach Definition der BAG-W ist „wohnungslos“, wer nicht über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt.

8. Wie hoch war die Zahl der Wohnungslosen zwischen 2005 und 2010 in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und in den einzelnen Bundesländern?

Für die Bundesrepublik Deutschland gesamt wird die Zahl der Wohnungslosen von der BAG-W wie folgt geschätzt:

2005: 261 000 Menschen
 2006: 256 000 Menschen
 2007: 242 000 Menschen
 2008: 227 000 Menschen

9. Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Ausgaben aus den Landeshaushalten für Angebote an Wohnungslose sind?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

10. Wie viele Haushalte und Personen bezogen in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern Wohngeld?

Die folgenden Tabellen stellen die Entwicklung der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger nach Haushalten und Personen dar. Dabei ist zu beachten, dass das Wohngeld mit der Wohngeldreform 2009 deutlich erhöht wurde. Deshalb stieg die Zahl der Wohngeldempfängerhaushalte in Deutschland zwischen 2008 und 2009 deutlich um 57 Prozent. Die Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2010 liegen noch nicht vor; sie werden vom Statistischen Bundesamt voraussichtlich im Herbst 2011 veröffentlicht.

Wohngeldempfängerhaushalte 2005–2009

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	70 483	63 581	58 804	54 186	96 276
Bayern	71 423	63 041	55 333	56 168	94 428
Berlin	43 422	33 802	24 934	26 992	39 761
Brandenburg	35 468	29 672	25 986	27 454	40 532
Bremen	8 041	6 921	5 921	5 368	8 682
Hamburg	20 461	16 067	13 304	12 741	18 495
Hessen	39 200	33 659	30 237	30 025	47 887
Mecklenburg-Vorpommern	38 776	31 889	28 586	30 353	50 760
Niedersachsen	81 464	69 302	58 978	65 719	100 951
Nordrhein-Westfalen	181 485	151 005	134 352	147 779	229 416
Rheinland-Pfalz	30 679	26 618	24 150	25 713	40 404
Saarland	6 426	5 332	5 407	7 080	11 195
Sachsen	82 506	72 945	66 351	67 597	94 635
Sachsen-Anhalt	32 995	27 208	19 963	26 433	43 392
Schleswig-Holstein	33 586	30 520	27 409	25 911	41 068
Thüringen	34 449	29 557	26 709	29 596	45 687
Deutschland insgesamt	810 864	691 169	606 424	639 115	1 003 569

Quelle: Statistisches Bundesamt

Personen mit Wohngeldbezug 2005–2009

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	178 000	154 000	139 000	126 000	213 000
Bayern	171 000	147 000	128 000	129 000	199 000
Berlin	77 000	59 000	43 000	48 000	68 000
Brandenburg	61 000	48 000	41 000	45 000	66 000
Bremen	17 000	14 000	13 000	12 000	19 000

Personen mit Wohngeldbezug 2005–2009

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Hamburg	46 000	36 000	30 000	30 000	41 000
Hessen	100 000	85 000	75 000	77 000	112 000
Mecklenburg-Vorpommern	67 000	53 000	46 000	51 000	83 000
Niedersachsen	212 000	177 000	148 000	162 000	232 000
Nordrhein-Westfalen	460 000	374 000	328 000	357 000	518 000
Rheinland-Pfalz	80 000	67 000	60 000	64 000	94 000
Saarland	15 000	14 000	12 000	15 000	23 000
Sachsen	151 000	127 000	110 000	115 000	159 000
Sachsen-Anhalt	55 000	43 000	32 000	42 000	67 000
Schleswig Holstein	80 000	72 000	64 000	60 000	88 000
Thüringen	63 000	51 000	44 000	50 000	76 000
Deutschland insgesamt	1 832 000	1 523 000	1 314 000	1 382 000	2 058 000

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des BBSR

11. Wie hoch war deren Anteil an der Zahl der Haushalte und Personen in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 insgesamt?

Die folgende Tabelle gibt den Anteil der Haushalte und Personen mit Wohngeldbezug an allen Haushalten und Personen in Deutschland wieder.

Anteil der Haushalte und Personen mit Wohngeld an allen Haushalten und Personen in Prozent

Land	2005		2006		2007		2008		2009	
	Haus-halte	Per-sonen	Haus-halte	Per-sonen	Haus-halte	Per-sonen	Haus-halte	Per-sonen	Haus-halte	Per-sonen
Baden-Württemberg	1,4	1,7	1,3	1,4	1,2	1,3	1,1	1,2	1,9	2,0
Bayern	1,2	1,4	1,1	1,2	0,9	1,0	0,9	1,0	1,6	1,6
Berlin	2,3	2,3	1,8	1,7	1,3	1,2	1,4	1,4	2,0	2,0
Brandenburg	2,9	2,4	2,4	1,9	2,1	1,6	2,2	1,8	3,3	2,6
Bremen	2,3	2,6	1,9	2,1	1,7	1,9	1,5	1,8	2,4	2,8
Hamburg	2,2	2,6	1,7	2,1	1,4	1,7	1,3	1,7	1,9	2,3
Hessen	1,4	1,6	1,2	1,4	1,0	1,2	1,0	1,3	1,6	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	4,6	3,9	3,8	3,1	3,3	2,8	3,5	3,1	5,9	5,0
Niedersachsen	2,2	2,6	1,8	2,2	1,5	1,9	1,7	2,0	2,6	2,9
Nordrhein-Westfalen	2,2	2,5	1,8	2,1	1,6	1,8	1,7	2,0	2,7	2,9
Rheinland-Pfalz	1,6	2,0	1,4	1,7	1,3	1,5	1,4	1,6	2,1	2,3
Saarland	1,3	1,5	1,1	1,4	1,1	1,2	1,4	1,5	2,3	2,2
Sachsen	3,8	3,5	3,3	3,0	3,0	2,6	3,1	2,7	4,3	3,8
Sachsen-Anhalt	2,8	2,2	2,3	1,8	1,7	1,3	2,2	1,8	3,6	2,9

Anteil der Haushalte und Personen mit Wohngeld an allen Haushalten und Personen in Prozent

Land	2005		2006		2007		2008		2009	
	Haus- halte	Per- sonen	Haus- halte	Per- sonen	Haus- halte	Per- sonen	Haus- halte	Per- sonen	Haus- halte	Per- sonen
Schleswig Holstein	2,5	2,8	2,2	2,5	2,0	2,3	1,9	2,1	2,9	3,1
Thüringen	3,1	2,7	2,6	2,2	2,3	1,9	2,6	2,2	4,0	3,4
Deutschland insgesamt	2,1	2,2	1,8	1,9	1,5	1,6	1,6	1,7	2,5	2,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des BBSR

12. Wie viele Haushalte mit Erwerbslosen bezogen in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern Wohngeld?

Bei der Auswertung zur Erwerbslosigkeit in Wohngeldempfängerhaushalten ist zu beachten, dass die Wohngeldstatistik nur Informationen über den Erwerbsstatus der Antragstellerin/des Antragstellers (der wohngeldberechtigten Person) gibt. Über den Status weiterer Haushaltsmitglieder liegen keine Angaben vor.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Wohngeldempfängerhaushalte zwischen 2005 und 2009 dar, in denen die wohngeldberechtigte Person arbeitslos war.

Zahl der arbeitslosen Wohngeldempfängerhaushalte 2005–2009

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	8 262	5 402	3 857	4 116	12 868
Bayern	6 909	4 302	2 871	4 063	10 092
Berlin	5 566	3 014	1 737	1 996	3 248
Brandenburg	5 433	3 188	2 224	2 742	5 949
Bremen	751	437	300	289	819
Hamburg	3 520	2 499	1 919	1 907	3 227
Hessen	3 512	2 386	1 498	1 602	3 801
Mecklenburg-Vorpommern	5 320	3 373	2 676	3 682	10 903
Niedersachsen	9 276	6 135	4 269	5 753	11 924
Nordrhein-Westfalen	19 671	12 533	9 644	14 491	29 469
Rheinland-Pfalz	3 093	2 023	1 477	1 657	4 132
Saarland	668	464	304	604	1 558
Sachsen	11 768	7 704	5 988	6 941	15 952
Sachsen-Anhalt	5 122	3 009	1 916	3 377	9 509
Schleswig-Holstein	3 259	2 181	1 542	1 927	5 185
Thüringen	4 808	3 129	2 525	4 604	12 364
Deutschland	96 938	61 779	44 747	59 751	141 000

Quelle: Statistisches Bundesamt

13. Wie hoch war der Anteil der Haushalte mit Erwerbslosen, die Wohngeld erhalten, an der Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010?

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung des Anteils der Wohngeldhaushalte, in denen die wohngeldberechtigte Person arbeitslos war, an allen Wohngeldempfängerhaushalten zwischen 2005 und 2009 dar.

Anteil der arbeitslosen Wohngeldempfängerhaushalte an allen Wohngeldempfängerhaushalten in Prozent

Land	2005	2006	2007	2008	2009
Baden-Württemberg	12	8	7	8	13
Bayern	10	7	5	7	11
Berlin	13	9	7	7	8
Brandenburg	15	11	9	10	15
Bremen	9	6	5	5	9
Hamburg	17	16	14	15	17
Hessen	9	7	5	5	8
Mecklenburg-Vorpommern	14	11	9	12	21
Niedersachsen	11	9	7	9	11
Nordrhein-Westfalen	11	8	7	10	13
Rheinland-Pfalz	10	8	6	6	10
Saarland	10	8	6	9	14
Sachsen	14	11	9	10	17
Sachsen-Anhalt	16	11	10	13	22
Schleswig Holstein	10	7	6	7	13
Thüringen	14	11	9	16	27
Deutschland insgesamt	12	9	7	9	14

Quelle: Berechnungen des BBSR, Statistisches Bundesamt

14. Wie hoch waren die jeweiligen jährlichen Gesamtausgaben für Wohngeldleistungen insgesamt und für Haushalte mit Erwerbslosen mit Wohngeldbezug in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Ländern?

Die Wohngeldstatistik liefert keine Angaben über Ausgaben für einzelne Empfängergruppen. Daher liegen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor.

15. Wie hoch war die Zahl derer, die Anspruch auf Wohngeld hatten, dies aber nicht beantragten, in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern in den Jahren 2005 bis 2010 (absolut und Quote Nichtinanspruchnahme)?

Schätzungen von Instituten gehen von einer Quote der Nichtinanspruchnahme des Wohngelds von etwa 35 bis 40 Prozent aus. Dabei ist zu beachten, dass vor allem Haushalte mit geringen Wohngeldansprüchen das Wohngeld nicht be-

antragen. Bei hohen Wohngeldansprüchen nimmt dagegen die überwiegende Mehrheit der Berechtigten das Wohngeld in Anspruch.

2009 dürften rund 1,6 Millionen Haushalte Anspruch auf Wohngeld gehabt haben, wovon 1 Million Haushalte ihren Anspruch realisierten. Etwa 0,6 Millionen Haushalte hätten damit von ihrem Anspruch keinen Gebrauch gemacht.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Studie von Becker/ Hauser 2010: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag. Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge (S. 138), die von ca. zwei Dritteln Nichtinanspruchnahme des zustehenden Wohngeldes (vor der Reform 2009) ausgeht?

Aus Sicht der Bundesregierung überschätzen die zitierten Autoren aus zwei Gründen deutlich die Nichtanspruchnahme des Wohngeldes. Zum einen gehen sie von 545 000 Wohngeldempfängerhaushalten für 2008 aus. Insgesamt waren es aber laut Statistischem Bundesamt 639 000 Haushalte (vgl. Antwort zu Frage 10). Zum anderen haben die Autoren die Zahl der Wohngeldberechtigten vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) übernommen (vgl. Feil, M, Wiemers, J. (2008): Höheres ALG II und Kindergrundsicherung. Mittlerweile hat das IAB seine Schätzung der Wohngeldberechtigten deutlich nach unten korrigiert (vgl. ZEW (2010): Vergleichendes Gutachten zur Bewertung von Simulationsergebnissen zu Vorschlägen für geänderte Erwerbstätigenfreibeträge im Auftrag des BMAS, Mannheim). Für 2009 geht das IAB statt von 2,3 jetzt von 1,7 Millionen Wohngeldberechtigten aus. Bezieht man für 2009 diese 1,7 Millionen Wohngeldberechtigten auf die 1 Million Wohngeldempfängerhaushalte (vgl. Antwort zu Frage 10), ergibt sich damit rechnerisch eine Nichtanspruchnahme des Wohngelds von rund 40 Prozent.

17. Gedenkt die Bundesregierung eine Studie zur Nichtinanspruchnahme von Wohngeld zu verfertigen, die sowohl das Ausmaß als auch die Ursachen der Nichtinanspruchnahme darstellt?

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat ein Ressortforschungsprojekt zur Bestandsaufnahme und Wirkungsanalyse des Wohngeldes gestartet. Dazu gehört auch eine Analyse der Inanspruchnahme des Wohngelds.

18. Gedenkt die Bundesregierung Studien zur Nichtinanspruchnahme von Wohngeld und entsprechende Strategien zur Sicherstellung der Inanspruchnahme zustehender Wohngeldleistungen in den kommenden Nationalen Armuts- und Reichtumsbericht aufzunehmen?

Die Ergebnisse des in Frage 17 genannten Forschungsprojekts werden voraussichtlich erst nach Veröffentlichung des vierten Armuts- und Reichtumsbericht vorliegen, so dass sie nicht in dem Bericht berücksichtigt werden können.

19. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Tafeln es gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern gibt?
20. Wie viele Personen wurden in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern von diesen Tafeln versorgt?

21. Wie erklärt sich die Bundesregierung die Zunahme der Tafeln und der mit diesen Angeboten versorgten Personen?
22. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Bundesländern die Tafeln in welcher Höhe Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erhalten?
23. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Sozialkaufhäuser es gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern gibt?
24. Wie viele Personen haben in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern Sozialkaufhäuser genutzt?
25. Wie erklärt sich die Bundesregierung die Zunahme der Sozialkaufhäuser und die steigende Nutzung dieser?
26. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Bundesländern die Sozialkaufhäuser in welcher Höhe Mittel aus dem Landeshaushalt erhalten?

Der Bundesregierung liegen über die Zahl der Tafeln keine überprüfbaren Daten vor. Für die im Bundesverband Deutsche Tafel e. V. organisierten Tafeln veröffentlicht der Verband unter der Internetadresse „www.tafeln.de“ statistische Informationen. Für Tafeln, die diesem Bundesverband nicht angehören, gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung keine Zahlenangaben auf Länder- oder Bundesebene.

Auch über die Zahl der Sozialkaufhäuser in Deutschland liegen der Bundesregierung keine belastbaren Informationen vor. Unter der Internetadresse „www.sozialkaufhaus.com“ gibt es eine deutschlandweite und nach Ländern gegliederte Übersicht über Sozialkaufhäuser, oftmals mit Angaben zum jeweiligen Sortiment. Ob es sich dabei um eine vollständige Auflistung handelt, kann von Seiten der Bundesregierung nicht überprüft werden. Eine solche Einschätzung wird auch dadurch erschwert, dass der Bezeichnung Sozialkaufhaus eine einheitliche begriffliche Abgrenzung fehlt. Generell handelt es sich um Verkäufer von Gebrauchsgütern, was auch Internethändler einschließt, eine durchgängige Beschränkung der Kundenschaft auf Personen mit einem Leistungsbescheid nach dem SGB II oder SGB XII oder sonstigen Einkommensnachweisen kann jedoch nicht unterstellt werden. Deshalb ist die Abgrenzung zu „normalen“ Gebrauchsgütergeschäften (second hand) fließend und damit auch die Abgrenzung zwischen gemeinnützigen und kommerziellen Anbietern.

Informationen über eine Zuschussgewährung von Seiten der Länder an Tafeln und Sozialkaufhäuser liegen der Bundesregierung nicht vor.

27. Gibt es für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt und für die einzelnen Bundesländer eine Statistik über die Zahl der Überschuldungen?
Welche Definition von Überschuldung liegt der Statistik zugrunde?
28. Wie viele Personen waren in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern zwischen 2005 und 2010 überschuldet?

Aus der amtlichen Statistik liegen keine Angaben zur Gesamtzahl der überschuldeten Personen vor. Es gibt jedoch Informationen zur Anzahl der privaten Schuldner, die ein Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Bei diesen Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Verbraucherinsolvenz bleibt. Neben den absolut überschuldeten Personen existiert eine weitere Gruppe Überschuldeter,

deren Gesamtzahl nicht von der amtlichen Statistik erfasst wird. Diese Gruppe umfasst die von relativer Überschuldung betroffenen Personen. Relative Überschuldung liegt vor, wenn trotz Verringerung des Lebensstils das Einkommen nach Abzug der zur Lebenshaltung notwendigen Kosten nicht zur fristgerechten Schuldentilgung ausreicht.

Den Tabellen 26 bis 31 im Anhang lassen sich die Anzahl der Verbraucherinsolvenzen in Deutschland und in den einzelnen Ländern für die Jahre 2005 bis 2010 entnehmen. Im Jahr 2010 lag die Anzahl der Privat- bzw. Verbraucherinsolvenzen in Deutschland bei rund 109 000, das waren 7,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2005 hatte die Zahl der Verbraucherinsolvenzen noch deutlich niedriger gelegen (rund 68 900). Auf der Ebene der Länder lässt sich zwischen dem Jahr 2010 und dem Jahr 2005 für Hessen die deutlichste Veränderung feststellen. Hier verdoppelte sich die Anzahl der Privatinsolvenzen (Deutschland insgesamt: +57,9 Prozent). Im Saarland nahm die Zahl der Insolvenzen im entsprechenden Zeitraum nur um rund 12 Prozent zu. Die in den genannten Tabellen dargestellten Angaben zur Anzahl der Verbraucherinsolvenzen werden im Rahmen der Insolvenzstatistik gewonnen.

Neben dieser Statistik wird seit dem Erhebungsjahr 2006 im jährlichen Abstand die Überschuldungsstatistik als freiwillige Erhebung nach § 7 des Bundesstatistikgesetzes durchgeführt. Im Fokus dieser bei den Schuldnerberatungsstellen auf freiwilliger Basis durchgeführten Statistik steht nicht die Ermittlung der Gesamtzahl der Schuldner, sondern beispielsweise die Identifikation der Auslöser der Verschuldung sowie die Ermittlung der Schulden- bzw. Einkommenshöhe. Darüber hinaus gibt die Überschuldungsstatistik unter anderem auch Auskunft über Geschlecht, Alter und Familienstand der von Überschuldung betroffenen Personen. Es ist geplant, die Überschuldungsstatistik nach dem Erhebungsjahr 2011 auf gesetzlicher Grundlage als Bundesstatistik fortzuführen. Eine Angabe darüber, wie viele ver- und überschuldete Personen es in Deutschland gibt, lässt sich aus dieser Statistik nicht ableiten.

29. Wie viele Schuldner/Schuldnerinnen und Insolvente kamen in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 auf 100 000 Einwohner/Einwohnerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern?

Wird eine derartige Größe berechnet, kann sie sich entsprechend den Ausführungen zu Frage 27 bzw. 28 nur auf die absolut überschuldeten Personen, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchlaufen, beziehen. Die entsprechenden Zahlen lassen sich ebenfalls den Tabellen 26 bis 31 im Anhang entnehmen.

Zwischen 2005 und 2009 lässt sich für Gesamtdeutschland ein Anstieg der Privatinsolvenzen je 100 000 Einwohner feststellen (Jahr 2005: 84; Jahr 2009: 124), d. h. von 0,084 Prozent auf 0,124 Prozent. Analog zur Entwicklung Gesamtdeutschlands erhöhte sich die Zahl der Privatinsolvenzen je 100 000 Einwohner im genannten Zeitraum auch in den einzelnen Ländern. So stieg die Zahl der Privatinsolvenzen je 100 000 Einwohner beispielsweise in Brandenburg von 95 im Jahr 2005 auf 172 im Jahr 2009.

30. Wie viele Schuldner- und Privatinsolvenzberatungsstellen gibt es gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern?

In Deutschland existieren rund 1 000 Schuldnerberatungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände oder der Kommunen stehen oder Mitglied in einem der Verbände sind. Genaue Angaben, wie viele

Schuldnerberatungsstellen es in den einzelnen Ländern gibt, liegen der Bundesregierung nicht vor.

31. Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Summe der Förderung dieser Beratungsstellen aus den jeweiligen Landeshaushalten ist?

Hierzu liegen der Bundesregierung aus der amtlichen Statistik keine Informationen vor.

32. Wie viele Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen in Schuldner- und Privatinsolvenzberatungen kamen in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 auf 100 000 Einwohner/Einwohnerinnen in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern?
33. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele unabhängige Beratungsstellen für Erwerbslose (freie Träger) es in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 in der Bundesrepublik Deutschland und in den einzelnen Bundesländern gab?
34. Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Summe der jährlichen Förderung für diese Beratungsstellen aus den Landeshaushalten in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 war?
35. Wie viele Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen dieser Beratungsstellen wurden durch die jeweiligen Länder in den einzelnen Jahren 2005 bis 2010 gefördert (getrennt nach Voll- und Teilzeit)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

Tabellen zu den Fragen 2 bis 5:

Armutrisikoquote¹⁾ nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Bundesmedian nach einzelnen Ländern

Tabelle 1

Baden-Württemberg:

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	10,6	10,1	10,0	10,2	10,9
Alter					
Unter 18	12,9	12,1	12,0	11,9	12,9
18 bis unter 25	16,5	16,3	15,0	15,9	17,6
25 bis unter 50	9,2	8,9	8,4	8,5	9,3
50 bis unter 65	7,8	7,7	8,0	7,9	8,3
65 und älter	10,8	10,0	10,8	11,3	11,4
Geschlecht					
Männlich	10,0	9,6	9,2	9,4	10,2
Weiblich	11,1	10,6	10,7	10,9	11,5
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	16,2	15,5	13,9	14,8	17,2
25 bis unter 50	8,9	8,7	7,8	8,0	8,9
50 bis unter 65	7,3	7,6	7,4	7,3	7,8
65 und älter	8,6	7,9	8,8	9,2	9,4
Weiblich					
18 bis unter 25	16,9	17,1	16,2	17,1	18,0
25 bis unter 50	9,5	9,0	9,1	9,0	9,7
50 bis unter 65	8,3	7,8	8,5	8,5	8,7
65 und älter	12,5	11,6	12,3	12,9	13,0

Tabelle 2

Bayern:

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	11,4	10,9	11,0	10,8	11,1
Alter					
Unter 18	13,9	12,8	12,8	12,2	12,5
18 bis unter 25	14,9	14,4	15,8	15,1	16,2
25 bis unter 50	9,3	8,8	8,5	8,2	8,6
50 bis unter 65	8,7	8,8	8,6	8,8	9,1
65 und älter	14,2	14,1	14,6	14,8	14,3
Geschlecht					
Männlich	10,3	10,0	10,0	9,8	10,2
Weiblich	12,4	11,9	12,0	11,8	12,0
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	13,5	13,6	13,9	13,3	15,1
25 bis unter 50	8,6	8,1	7,9	7,7	8,1
50 bis unter 65	7,9	8,0	7,9	8,0	8,4
65 und älter	11,4	11,9	12,1	12,3	11,9
Weiblich					
18 bis unter 25	16,4	15,3	17,7	17,0	17,4
25 bis unter 50	9,9	9,4	9,1	8,8	9,2
50 bis unter 65	9,5	9,5	9,2	9,6	9,9
65 und älter	16,3	15,8	16,6	16,7	16,1

Tabelle 3**Berlin:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	19,7	17,0	17,5	18,7	19,0
Alter					
Unter 18	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9
18 bis unter 25	36,7	29,3	30,4	31,8	34,4
25 bis unter 50	21,3	18,3	18,7	20,2	20,0
50 bis unter 65	13,6	13,4	13,9	15,2	15,7
65 und älter	7,4	6,2	7,2	8,1	8,0
Geschlecht					
Männlich	20,9	18,0	18,2	19,4	20,1
Weiblich	18,5	16,0	16,8	18,1	18,0
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	35,9	28,8	28,9	30,3	33,4
25 bis unter 50	22,6	19,4	19,8	20,9	21,0
50 bis unter 65	15,5	15,2	15,4	16,3	17,8
65 und älter	6,2	5,1	6,2	7,6	7,6
Weiblich					
18 bis unter 25	37,5	29,9	32,0	33,2	35,3
25 bis unter 50	19,9	17,2	17,7	19,3	18,9
50 bis unter 65	11,8	11,6	12,6	14,2	13,7
65 und älter	8,3	6,9	7,9	8,5	8,3

Tabelle 4**Brandenburg:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	19,2	18,9	17,5	16,8	16,7
Alter					
Unter 18	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5
18 bis unter 25	29,5	28,0	26,3	24,2	24,7
25 bis unter 50	20,0	19,9	18,1	16,8	16,9
50 bis unter 65	16,7	17,0	17,0	17,9	17,3
65 und älter	9,5	9,2	9,9	10,3	9,9
Geschlecht					
Männlich	18,9	18,8	17,7	16,6	16,5
Weiblich	19,5	18,9	17,4	17,0	17,0
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	26,2	25,4	26,9	24,3	23,2
25 bis unter 50	19,9	19,8	18,3	17,1	17,2
50 bis unter 65	18,0	17,7	17,7	18,4	17,8
65 und älter	6,6	7,0	7,2	8,1	7,6
Weiblich					
18 bis unter 25	33,3	30,8	25,7	24,1	26,4
25 bis unter 50	20,1	20,1	17,8	16,5	16,7
50 bis unter 65	15,4	16,2	16,3	17,4	16,7
65 und älter	11,6	10,8	11,9	12,0	11,6

Tabelle 5**Bremen:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	22,3	20,4	19,1	22,2	20,1
Alter					
Unter 18	34,9	31,3	26,3	32,7	28,6
18 bis unter 25	43,2	41,7	32,6	35,6	32,0
25 bis unter 50	24,2	21,7	21,4	24,7	21,6
50 bis unter 65	12,5	12,7	14,2	13,9	15,2
65 und älter	9,0	(7,5)	8,3	11,2	11,1
Geschlecht					
Männlich	22,7	21,1	20,3	22,7	20,4
Weiblich	21,9	19,8	18,0	21,8	19,9
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	43,5	41,2	(28,4)	(34,9)	(32,1)
25 bis unter 50	24,5	22,2	22,6	25,6	21,9
50 bis unter 65	(13,0)	(13,6)	(16,5)	(13,6)	(16,6)
65 und älter	(9,4)
Weiblich					
18 bis unter 25	42,8	42,2	36,3	36,2	32,0
25 bis unter 50	23,8	21,1	20,2	23,7	21,3
50 bis unter 65	(12,0)	(11,8)	(12,0)	(14,2)	(13,8)
65 und älter	(9,7)	(8,4)	(8,5)	(12,4)	(12,4)

Tabelle 6**Hamburg:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	15,7	14,3	14,1	13,1	14,0
Alter					
Unter 18	23,2	21,2	20,9	22,0	21,7
18 bis unter 25	30,1	29,3	24,5	23,3	23,6
25 bis unter 50	15,3	13,4	14,1	11,8	13,1
50 bis unter 65	11,3	11,4	11,0	10,7	11,6
65 und älter	8,1	6,7	7,5	7,2	8,1
Geschlecht					
Männlich	16,1	14,6	14,3	13,3	13,8
Weiblich	15,3	14,0	13,9	13,0	14,2
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	30,5	29,0	24,5	21,2	23,0
25 bis unter 50	14,6	13,0	13,6	11,7	13,0
50 bis unter 65	11,1	12,2	11,7	11,6	11,0
65 und älter	8,6	(6,2)	(7,3)	(6,7)	(7,6)
Weiblich					
18 bis unter 25	29,8	29,6	24,5	25,3	24,3
25 bis unter 50	16,1	13,8	14,6	12,0	13,1
50 bis unter 65	11,4	10,6	10,4	9,7	12,1
65 und älter	7,8	7,1	7,5	7,7	8,4

Tabelle 7**Hessen:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	12,7	12,0	12,0	12,7	12,4
Alter					
Unter 18	17,8	16,4	15,9	16,4	16,0
18 bis unter 25	20,0	19,7	20,7	20,7	19,1
25 bis unter 50	11,5	10,8	10,5	11,3	11,1
50 bis unter 65	8,9	8,5	8,9	9,5	9,9
65 und älter	11,0	10,2	10,7	11,7	11,8
Geschlecht					
Männlich	12,0	11,4	11,3	12,0	11,7
Weiblich	13,5	12,5	12,6	13,3	13,2
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	18,7	18,9	19,1	18,9	16,8
25 bis unter 50	10,6	10,4	10,4	10,8	10,6
50 bis unter 65	8,9	8,1	8,5	9,3	9,8
65 und älter	9,3	8,5	8,7	10,0	9,8
Weiblich					
18 bis unter 25	21,3	20,5	22,5	22,6	21,3
25 bis unter 50	12,3	11,3	10,7	11,8	11,5
50 bis unter 65	8,8	8,9	9,2	9,7	9,9
65 und älter	12,4	11,7	12,2	13,1	13,3

Tabelle 8**Mecklenburg-Vorpommern:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	24,1	22,9	24,3	24,0	23,1
Alter					
Unter 18	34,2	32,6	34,3	34,5	32,8
18 bis unter 25	33,1	34,3	37,0	34,1	31,9
25 bis unter 50	25,6	23,5	25,4	23,7	24,1
50 bis unter 65	20,9	21,1	21,4	22,4	21,4
65 und älter	11,7	11,0	12,9	15,4	13,8
Geschlecht					
Männlich	24,5	22,7	23,8	23,6	23,4
Weiblich	23,6	23,1	24,7	24,5	22,7
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	32,5	31,2	33,4	30,3	28,6
25 bis unter 50	25,7	22,9	25,2	23,2	24,4
50 bis unter 65	22,8	23,6	23,6	23,8	23,2
65 und älter	9,6	8,8	8,8	13,3	11,3
Weiblich					
18 bis unter 25	33,9	38,1	41,5	38,3	35,5
25 bis unter 50	25,5	24,1	25,6	24,4	23,8
50 bis unter 65	18,9	18,7	19,1	21,0	19,7
65 und älter	13,1	12,5	15,8	16,9	15,6

Tabelle 9**Niedersachsen:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	15,5	15,3	15,5	15,8	15,3
Alter					
Unter 18	20,7	21,6	21,3	21,5	20,8
18 bis unter 25	26,2	23,7	24,1	24,6	23,3
25 bis unter 50	14,4	14,2	14,3	14,7	14,1
50 bis unter 65	10,9	10,6	11,0	11,4	11,5
65 und älter	12,6	12,4	13,0	13,3	13,2
Geschlecht					
Männlich	14,9	14,8	14,8	15,0	14,7
Weiblich	16,1	15,8	16,1	16,5	16,0
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	24,3	22,2	22,7	22,8	22,0
25 bis unter 50	14,1	13,8	13,8	13,8	13,4
50 bis unter 65	10,8	10,4	10,9	11,4	11,2
65 und älter	10,4	10,6	10,6	10,7	10,7
Weiblich					
18 bis unter 25	28,2	25,2	25,5	26,5	24,8
25 bis unter 50	14,7	14,7	14,9	15,5	14,8
50 bis unter 65	11,1	10,8	11,1	11,3	11,7
65 und älter	14,2	13,8	14,9	15,3	15,2

Tabelle 10**Nordrhein-Westfalen:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	14,4	13,9	14,6	14,7	15,2
Alter					
Unter 18	20,4	19,7	20,0	20,3	21,0
18 bis unter 25	23,0	22,9	22,6	22,7	23,6
25 bis unter 50	13,7	13,3	13,8	13,5	14,2
50 bis unter 65	10,9	10,6	11,5	11,9	12,2
65 und älter	9,7	9,0	10,4	11,1	11,4
Geschlecht					
Männlich	14,1	13,7	14,2	14,3	14,8
Weiblich	14,7	14,1	14,9	15,1	15,7
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	22,6	22,4	21,2	21,1	22,5
25 bis unter 50	13,4	13,1	13,5	13,3	13,9
50 bis unter 65	10,9	10,6	11,1	11,4	11,6
65 und älter	7,7	7,5	9,0	9,4	9,5
Weiblich					
18 bis unter 25	23,5	23,4	24,2	24,4	24,6
25 bis unter 50	13,9	13,5	14,0	13,7	14,5
50 bis unter 65	10,8	10,5	12,0	12,4	12,8
65 und älter	11,3	10,0	11,4	12,4	12,8

Tabelle 11**Rheinland-Pfalz:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	14,2	13,2	13,5	14,5	14,2
Alter					
Unter 18	17,7	16,6	17,1	18,2	18,2
18 bis unter 25	19,0	18,5	19,2	20,5	19,9
25 bis unter 50	12,5	11,5	11,1	12,2	12,6
50 bis unter 65	10,6	9,4	9,8	10,7	9,6
65 und älter	15,6	14,3	15,5	16,6	15,8
Geschlecht					
Männlich	13,3	12,1	12,3	13,2	13,1
Weiblich	15,1	14,1	14,7	15,8	15,3
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	18,3	16,1	16,0	18,8	18,6
25 bis unter 50	11,9	11,1	10,4	11,1	12,0
50 bis unter 65	9,4	8,3	8,9	9,7	9,2
65 und älter	13,2	11,9	12,6	13,8	12,0
Weiblich					
18 bis unter 25	19,7	20,9	22,5	22,2	21,2
25 bis unter 50	13,0	12,0	11,9	13,3	13,1
50 bis unter 65	11,8	10,4	10,6	11,6	10,1
65 und älter	17,4	16,1	17,7	18,7	18,7

Tabelle 12**Saarland:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	15,5	16,0	16,8	15,8	16,0
Alter					
Unter 18	19,3	21,4	21,1	18,6	19,5
18 bis unter 25	27,5	27,6	27,9	24,3	24,6
25 bis unter 50	14,4	14,3	15,4	13,6	14,4
50 bis unter 65	12,3	14,2	13,9	14,0	13,9
65 und älter	13,3	12,0	14,6	15,7	14,6
Geschlecht					
Männlich	15,1	15,7	16,4	14,8	15,1
Weiblich	16,0	16,3	17,2	16,7	16,8
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	29,1	27,1	28,7	25,5	(24,1)
25 bis unter 50	14,0	14,1	14,5	12,5	14,6
50 bis unter 65	11,9	14,3	13,9	12,9	13,9
65 und älter	(9,7)	(9,3)	(11,4)	12,8	(10,9)
Weiblich					
18 bis unter 25	(25,9)	28,1	(27,0)	(22,7)	(25,1)
25 bis unter 50	14,7	14,6	16,3	14,6	14,3
50 bis unter 65	12,6	14,2	13,9	15,1	13,9
65 und älter	16,1	13,9	16,9	17,8	17,4

Tabelle 13**Sachsen:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	19,2	18,5	19,6	19,0	19,5
Alter					
Unter 18	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1
18 bis unter 25	30,2	30,0	31,2	31,5	33,0
25 bis unter 50	21,5	20,4	21,4	20,1	20,5
50 bis unter 65	18,0	17,7	19,1	19,9	20,3
65 und älter	7,2	7,0	8,5	8,6	9,0
Geschlecht					
Männlich	19,4	18,7	19,7	19,1	19,5
Weiblich	19,0	18,3	19,5	19,0	19,5
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	28,3	28,9	30,1	29,4	30,4
25 bis unter 50	21,5	20,8	21,4	20,3	20,8
50 bis unter 65	19,2	18,1	19,6	20,3	21,1
65 und älter	4,2	4,3	5,8	6,2	6,6
Weiblich					
18 bis unter 25	32,3	31,3	32,4	33,8	35,9
25 bis unter 50	21,5	20,0	21,3	19,9	20,1
50 bis unter 65	16,9	17,3	18,5	19,4	19,6
65 und älter	9,2	8,8	10,5	10,3	10,7

Tabelle 14**Sachsen-Anhalt:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	22,4	21,6	21,5	22,1	21,8
Alter					
Unter 18	33,8	32,5	31,6	33,4	31,7
18 bis unter 25	32,0	30,2	33,1	33,5	33,0
25 bis unter 50	24,2	23,3	22,5	22,5	22,8
50 bis unter 65	18,9	19,3	20,3	21,5	22,0
65 und älter	10,8	10,7	10,5	11,7	11,3
Geschlecht					
Männlich	22,0	21,8	21,1	21,8	21,6
Weiblich	22,7	21,4	21,8	22,5	22,0
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	30,5	28,9	32,4	30,6	29,6
25 bis unter 50	23,7	23,3	22,1	21,9	22,6
50 bis unter 65	19,1	19,6	21,0	21,9	22,5
65 und älter	6,1	7,6	6,9	8,6	8,4
Weiblich					
18 bis unter 25	33,7	31,6	33,8	36,8	36,9
25 bis unter 50	24,8	23,3	22,9	23,1	23,0
50 bis unter 65	18,8	19,0	19,6	21,1	21,6
65 und älter	14,1	13,0	13,2	13,9	13,4

Tabelle 15**Schleswig-Holstein:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	13,3	12,0	12,5	13,1	14,0
Alter					
Unter 18	17,8	16,1	15,6	16,9	17,2
18 bis unter 25	21,8	20,7	20,8	21,6	24,1
25 bis unter 50	13,1	11,6	12,1	12,4	13,3
50 bis unter 65	9,4	8,6	9,6	9,7	10,9
65 und älter	9,6	8,8	10,2	11,1	11,4
Geschlecht					
Männlich	12,9	11,8	11,9	12,7	13,5
Weiblich	13,6	12,3	13,1	13,5	14,5
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	21,3	20,5	19,6	21,3	22,2
25 bis unter 50	13,6	11,7	12,2	12,2	13,0
50 bis unter 65	8,9	8,9	9,3	9,5	11,3
65 und älter	7,2	6,9	7,9	8,9	8,9
Weiblich					
18 bis unter 25	22,3	20,9	22,1	22,1	26,2
25 bis unter 50	12,7	11,5	11,9	12,5	13,6
50 bis unter 65	9,8	8,3	9,9	9,8	10,5
65 und älter	11,4	10,4	11,9	12,9	13,3

Tabelle 16**Thüringen:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	19,9	19,0	18,9	18,5	18,1
Alter					
Unter 18	29,2	28,1	28,1	26,2	26,7
18 bis unter 25	29,5	28,8	27,1	26,1	26,7
25 bis unter 50	21,7	19,9	19,8	18,8	18,6
50 bis unter 65	16,1	18,1	18,9	18,6	17,6
65 und älter	9,2	7,9	8,6	10,5	9,7
Geschlecht					
Männlich	19,5	18,5	18,4	17,6	17,9
Weiblich	20,2	19,4	19,3	19,4	18,3
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	27,5	27,2	25,9	23,7	25,1
25 bis unter 50	21,4	18,9	19,2	18,1	18,8
50 bis unter 65	17,1	18,8	18,9	18,1	17,5
65 und älter	(5,6)	5,5	6,1	7,7	7,3
Weiblich					
18 bis unter 25	31,8	30,6	28,3	28,7	28,5
25 bis unter 50	22,1	21,0	20,6	19,6	18,5
50 bis unter 65	15,2	17,4	18,8	19,0	17,7
65 und älter	11,7	9,7	10,5	12,6	11,4

¹⁾ Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Tabelle 17**Deutschland:**

Merkmal	Jahr				
	2005	2006	2007	2008	2009
Insgesamt	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6
Alter					
Unter 18	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7
18 bis unter 25	23,3	22,3	22,4	22,4	22,9
25 bis unter 50	14,1	13,3	13,4	13,3	13,6
50 bis unter 65	11,4	11,3	11,7	12,2	12,4
65 und älter	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9
Geschlecht					
Männlich	14,3	13,7	13,8	13,9	14,1
Weiblich	15,1	14,4	14,8	15,0	15,1
Alter und Geschlecht					
Männlich					
18 bis unter 25	22,3	21,3	21,0	20,9	21,6
25 bis unter 50	13,9	13,1	13,1	13,0	13,4
50 bis unter 65	11,4	11,3	11,6	11,9	12,2
65 und älter	8,7	8,5	9,2	9,9	9,7
Weiblich					
18 bis unter 25	24,3	23,3	23,9	24,1	24,2
25 bis unter 50	14,3	13,5	13,6	13,6	13,8
50 bis unter 65	11,4	11,3	11,9	12,4	12,5
65 und älter	12,7	11,8	12,9	13,6	13,6

Tabelle 18**Armutsrisikoquoten^{*)} nach Region^{**)}****Personen im Alter von unter 15 Jahren**

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt				
	2005	2006	2007	2008	2009
	%				
Baden-Württemberg	12,7	11,7	11,8	11,7	12,6
Bayern	14,0	12,6	12,9	12,2	12,3
Berlin	26,3	22,6	23,0	24,7	24,9
Brandenburg	27,6	27,2	22,8	20,4	20,9
Bremen	37,0	33,9	27,1	33,4	29,0
Hamburg	23,3	20,8	20,9	21,4	21,8
Hessen	17,4	15,7	15,7	16,2	16,2
Mecklenburg-Vorpommern	34,9	33,9	33,5	34,1	31,6
Niedersachsen	20,7	21,4	21,3	21,2	20,5
Nordrhein-Westfalen	20,3	19,3	19,9	20,4	20,9
Rheinland-Pfalz	17,9	16,7	17,5	18,9	18,5
Saarland	19,2	20,7	20,2	17,3	18,7
Sachsen	26,9	26,2	27,2	24,9	25,5
Sachsen-Anhalt	35,7	32,5	31,7	32,6	30,3
Schleswig-Holstein	17,7	15,8	14,8	16,8	17,6
Thüringen	30,1	28,2	27,5	25,7	25,9
Bundesrepublik Deutschland	19,4	18,2	18,3	18,4	18,6

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW}

Tabelle 19**Armutsrisikoquoten^{*)} nach Region^{**)}****Personen im Alter von unter 25 Jahren**

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt				
	2005	2006	2007	2008	2009
	%				
Baden-Württemberg	14,0	13,4	12,9	13,2	14,4
Bayern	14,2	13,3	13,7	13,1	13,7
Berlin	30,5	25,4	26,1	27,7	29,2
Brandenburg	27,9	27,3	24,6	22,3	22,8
Bremen	37,9	34,9	28,5	33,8	29,9
Hamburg	25,6	24,0	22,2	22,5	22,4
Hessen	18,5	17,4	17,4	17,7	17,0
Mecklenburg-Vorpommern	33,7	33,3	35,4	34,3	32,4
Niedersachsen	22,3	22,2	22,1	22,4	21,6
Nordrhein-Westfalen	21,2	20,7	20,8	21,0	21,8
Rheinland-Pfalz	18,1	17,1	17,8	18,9	18,8
Saarland	21,9	23,5	23,3	20,5	21,2
Sachsen	28,4	27,9	29,0	27,9	29,0
Sachsen-Anhalt	33,0	31,5	32,3	33,4	32,3
Schleswig-Holstein	19,0	17,5	17,1	18,3	19,4
Thüringen	29,3	28,4	27,7	26,2	26,7
Bundesrepublik Deutschland	20,7	19,8	19,7	19,8	20,1

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Tabelle 20

Armutsrisikoquoten ^{*)} nach Region ^{)}****Personen im Alter von über 65 Jahre**

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	%														
Baden-Württemberg	10,8	10,0	10,8	11,3	11,4	8,6	7,9	8,8	9,2	9,4	12,5	11,6	12,3	12,9	13,0
Bayern	14,2	14,1	14,6	14,8	14,3	11,4	11,9	12,1	12,3	11,9	16,3	15,8	16,6	16,7	16,1
Berlin	7,4	6,2	7,2	8,1	8,0	6,2	5,1	6,2	7,6	7,6	8,3	6,9	7,9	8,5	8,3
Brandenburg	9,5	9,2	9,9	10,3	9,9	6,6	7,0	7,2	8,1	7,6	11,6	10,8	11,9	12,0	11,6
Bremen	9,0	(7,5)	8,3	11,2	11,1	/	/	/	(9,6)	(9,4)	(9,7)	(8,4)	(8,5)	(12,4)	(12,4)
Hamburg	8,1	6,7	7,5	7,2	8,1	8,6	(6,2)	(7,3)	(6,7)	(7,6)	7,8	7,1	7,5	7,7	8,4
Hessen	11,0	10,2	10,7	11,7	11,8	9,3	8,5	8,7	10,0	9,8	12,4	11,7	12,2	13,1	13,3
Mecklenburg-Vorpommern	11,7	11,0	12,9	15,4	13,8	9,6	8,8	8,8	13,3	11,3	13,1	12,5	15,8	16,9	15,6
Niedersachsen	12,6	12,4	13,0	13,3	13,2	10,4	10,6	10,6	10,7	10,7	14,2	13,8	14,9	15,3	15,2
Nordrhein-Westfalen	9,7	9,0	10,4	11,1	11,4	7,7	7,5	9,0	9,4	9,5	11,3	10,0	11,4	12,4	12,8
Rheinland-Pfalz	15,6	14,3	15,5	16,6	15,8	13,2	11,9	12,6	13,8	12,0	17,4	16,1	17,7	18,7	18,7
Saarland	13,3	12,0	14,6	15,7	14,6	(9,7)	(9,3)	(11,4)	12,8	(10,9)	16,1	13,9	16,9	17,8	17,4
Sachsen	7,2	7,0	8,5	8,6	9,0	4,2	4,3	5,8	6,2	6,6	9,2	8,8	10,5	10,3	10,7
Sachsen-Anhalt	10,8	10,7	10,5	11,7	11,3	6,1	7,6	6,9	8,6	8,4	14,1	13,0	13,2	13,9	13,4
Schleswig-Holstein	9,6	8,8	10,2	11,1	11,4	7,2	6,9	7,9	8,9	8,9	11,4	10,4	11,9	12,9	13,3
Thüringen	9,2	7,9	8,6	10,5	9,7	(5,6)	5,5	6,1	7,7	7,3	11,7	9,7	10,5	12,6	11,4
Bundesrepublik Deutschland	11,0	10,4	11,3	12,0	11,9	8,7	8,5	9,2	9,9	9,7	12,7	11,8	12,9	13,6	13,6

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW}

Tabelle 21

Armutsrisikoquoten^{*)} nach Region^{)}****Erwerbslose**

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	%														
Baden-Württemberg	37,9	41,1	40,3	42,7	41,5	43,8	47,3	45,6	51,2	47,0	31,0	34,2	34,9	35,0	34,8
Bayern	38,7	37,9	42,8	45,0	41,2	43,0	41,9	46,8	49,9	45,1	34,1	33,5	38,7	40,0	36,5
Berlin	52,3	47,3	49,9	54,0	56,8	56,2	49,6	52,6	56,8	59,0	46,8	44,2	46,0	50,1	53,5
Brandenburg	57,9	58,5	61,6	63,9	62,8	59,8	61,1	65,1	68,2	65,0	55,8	55,5	57,7	58,9	59,6
Bremen	58,1	53,6	62,1	68,7	58,9	61,6	60,0	68,7	69,5	64,7	53,0	(43,9)	(49,7)	(67,2)	/
Hamburg	43,7	44,5	46,5	46,5	49,5	43,8	47,2	47,4	46,5	55,7	43,6	41,0	45,4	46,6	(40,3)
Hessen	42,9	41,6	44,5	48,8	44,4	48,6	47,6	50,5	53,5	48,6	36,0	34,1	37,2	43,6	39,3
Mecklenburg-Vorpommern	62,3	58,8	65,4	67,2	65,2	64,2	59,7	68,8	69,9	68,1	60,0	57,7	61,5	64,1	61,3
Niedersachsen	50,0	48,9	57,2	58,1	54,3	54,3	53,8	62,3	64,8	59,3	44,2	42,8	51,0	50,0	47,6
Nordrhein-Westfalen	48,1	48,8	52,6	56,2	53,5	51,9	52,5	56,8	61,4	57,2	42,5	43,7	47,2	49,7	48,2
Rheinland-Pfalz	45,7	45,8	46,6	53,1	49,8	49,4	49,7	49,7	58,9	53,5	41,4	41,1	43,0	46,6	44,9
Saarland	49,0	51,4	57,3	53,2	52,4	51,7	56,4	61,8	56,1	58,2	(45,3)	(44,2)	(51,6)	(49,2)	(45,3)
Sachsen	57,1	58,7	64,5	65,0	65,0	58,7	64,0	70,6	69,7	68,8	55,1	52,8	58,0	59,4	60,5
Sachsen-Anhalt	60,7	62,2	66,0	67,2	70,4	60,9	63,2	69,2	71,3	72,6	60,6	61,2	62,5	63,1	67,7
Schleswig-Holstein	47,5	47,3	50,7	51,5	47,9	52,6	54,3	60,5	56,8	54,7	40,0	39,0	40,5	45,1	39,1
Thüringen	56,7	58,8	63,3	64,0	60,2	58,3	61,5	66,3	68,5	64,3	54,8	55,8	60,4	59,7	55,4
Bundesrepublik Deutschland	49,6	49,4	53,5	56,0	53,7	53,0	53,3	57,9	60,9	57,6	45,2	44,6	48,4	50,3	48,5

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Tabelle 22

Armutsrisikoquoten^{*)} nach Region^{)}****Erwerbstätige**

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	%														
Baden-Württemberg	5,4	5,1	5,1	5,2	5,5	5,0	4,7	4,5	4,9	5,0	5,9	5,5	5,7	5,7	6,0
Bayern	5,2	5,0	5,0	5,0	5,3	4,6	4,4	4,4	4,5	4,8	5,9	5,7	5,8	5,6	5,9
Berlin	9,7	8,5	9,5	10,3	10,4	9,6	8,5	9,4	10,0	10,6	9,8	8,5	9,5	10,6	10,1
Brandenburg	10,6	11,2	10,1	9,5	9,3	9,8	10,1	9,8	9,0	8,6	11,4	12,4	10,5	10,1	10,1
Bremen	11,5	10,7	10,9	11,8	10,9	11,1	10,2	10,4	11,2	9,6	12,0	11,2	11,5	12,3	12,4
Hamburg	9,0	7,9	8,3	7,4	7,6	8,2	7,4	8,2	7,8	7,3	9,9	8,4	8,4	7,0	8,1
Hessen	6,2	6,0	5,9	6,2	6,4	5,6	5,7	5,4	5,8	5,9	6,9	6,5	6,4	6,8	6,9
Mecklenburg-Vorpommern	13,5	13,3	15,0	13,8	13,6	13,2	12,9	14,5	12,8	13,0	13,8	13,8	15,7	15,1	14,2
Niedersachsen	7,2	7,2	7,4	7,8	7,6	6,8	6,8	6,8	7,1	6,9	7,7	7,6	8,1	8,6	8,4
Nordrhein-Westfalen	6,7	6,8	7,2	7,0	7,2	6,4	6,6	6,8	6,9	6,8	7,0	7,1	7,6	7,3	7,6
Rheinland-Pfalz	6,5	6,0	6,8	7,4	7,3	5,9	5,6	6,1	6,7	6,7	7,2	6,5	7,7	8,3	8,1
Saarland	7,8	8,8	10,0	8,3	8,1	7,7	8,4	9,8	7,9	7,9	8,0	9,2	10,3	8,9	8,3
Sachsen	11,8	10,9	12,4	12,1	12,2	11,0	10,0	11,3	11,1	11,6	12,6	11,8	13,6	13,1	12,8
Sachsen-Anhalt	12,5	12,4	12,8	12,9	12,7	12,0	12,2	11,7	11,9	11,8	13,0	12,7	13,9	14,1	13,7
Schleswig-Holstein	6,4	6,1	6,4	7,2	8,0	6,3	5,6	6,2	6,9	7,6	6,6	6,7	6,7	7,6	8,5
Thüringen	11,6	11,5	10,7	10,8	10,5	11,2	10,8	10,3	10,2	9,9	12,0	12,4	11,2	11,4	11,1
Bundesrepublik Deutschland	7,3	7,1	7,4	7,4	7,5	6,8	6,7	6,9	7,0	7,0	7,9	7,6	8,0	8,0	8,1

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW}

Tabelle 23

Von Armutsrisiko betroffene Personen *) nach Region **)

Erwerbslose

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	1000														
Baden-Württemberg	147	144	111	101	119	92	87	62	58	73	55	57	48	43	46
Bayern	174	160	148	126	138	101	92	82	70	82	73	68	67	56	56
Berlin	179	158	147	145	140	113	96	92	89	88	66	62	55	56	52
Brandenburg	145	136	118	101	98	81	77	66	58	59	64	59	53	43	39
Bremen	30	24	24	21	17	19	16	17	13	12	11	(8)	(7)	(7)	/
Hamburg	41	40	39	31	34	25	24	22	18	24	16	16	16	13	(10)
Hessen	110	104	99	97	87	70	65	62	57	53	41	38	37	40	34
Mecklenburg-Vorpommern	123	105	104	90	81	69	59	59	50	49	54	46	46	39	33
Niedersachsen	197	183	174	160	145	124	113	103	99	91	74	71	71	61	54
Nordrhein-Westfalen	427	413	381	362	364	273	258	233	221	232	154	155	148	141	132
Rheinland-Pfalz	79	74	57	61	60	47	45	33	36	37	33	30	24	25	23
Saarland	26	24	20	19	22	16	15	12	11	13	(10)	(8)	(8)	(7)	(8)
Sachsen	239	219	208	186	177	134	126	117	108	101	105	93	91	78	76
Sachsen-Anhalt	160	143	132	124	120	86	76	71	65	67	74	67	60	58	53
Schleswig-Holstein	68	61	57	50	50	45	38	35	30	32	23	22	22	20	18
Thüringen	119	113	108	83	77	66	61	56	43	44	53	52	51	40	33
Bundesrepublik Deutschland	2.267	2.102	1.927	1.756	1.733	1.362	1.249	1.123	1.027	1.058	906	853	805	730	676

*) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - **) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW

Tabelle 24

Von Armutsrisiko betroffene Personen ^{*)} nach Region ^{**)}

Erwerbstätige

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	1000														
Baden-Württemberg	274	262	268	280	291	141	135	131	143	144	133	127	137	137	147
Bayern	305	303	308	315	331	150	148	149	156	163	155	155	159	159	169
Berlin	139	124	142	155	161	71	65	74	79	86	68	59	68	76	75
Brandenburg	119	131	121	116	114	59	62	63	59	57	60	68	58	57	58
Bremen	30	29	31	34	31	16	15	16	17	14	14	14	15	16	17
Hamburg	72	65	71	64	67	36	33	38	36	34	36	32	33	28	33
Hessen	170	169	166	179	183	85	88	84	91	92	85	81	82	88	91
Mecklenburg-Vorpommern	98	100	114	107	105	51	52	59	53	54	47	48	54	54	51
Niedersachsen	244	249	263	280	276	129	131	133	141	138	115	118	130	139	138
Nordrhein-Westfalen	508	531	570	568	575	271	284	301	307	300	237	247	269	261	275
Rheinland-Pfalz	117	111	130	142	138	60	58	64	71	69	57	54	66	71	69
Saarland	34	39	44	38	36	19	21	24	20	20	15	18	20	18	17
Sachsen	216	203	236	234	234	107	100	116	115	119	109	103	120	119	115
Sachsen-Anhalt	128	132	138	140	137	66	69	67	69	67	62	63	70	71	70
Schleswig-Holstein	80	78	84	96	106	43	39	45	50	55	37	39	40	46	51
Thüringen	117	119	114	117	113	62	61	60	61	57	56	58	54	56	56
Bundesrepublik Deutschland	2.661	2.651	2.808	2.874	2.910	1.370	1.363	1.428	1.472	1.474	1.290	1.288	1.380	1.401	1.435

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**) Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW}

Tabelle 25

Von Armutsrisiko betroffene Personen ^{*)} nach Region ^{**)}Haushaltstyp ^{***)}

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Einpersonenhaushalte					Zwei Erwachsene, keine Kinder					Sonstige Haushalte ohne Kinder				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	1000														
Baden-Württemberg	312	312	314	344	357	172	168	187	188	192	109	99	94	85	108
Bayern	392	396	419	435	450	257	262	264	268	273	110	105	102	102	105
Berlin	254	219	239	265	279	72	67	69	69	68	55	47	52	59	51
Brandenburg	126	137	137	141	140	81	73	74	73	77	57	58	57	58	50
Bremen	47	40	45	49	49	12	12	14	18	17	15	12	(9)	13	(10)
Hamburg	83	76	84	80	92	27	24	24	22	24	28	32	21	19	21
Hessen	189	177	201	210	217	121	115	114	127	129	64	69	70	76	72
Mecklenburg-Vorpommern	112	112	125	129	128	67	64	64	70	65	46	43	51	47	41
Niedersachsen	323	322	348	365	354	197	178	185	185	188	104	97	89	89	82
Nordrhein-Westfalen	600	601	643	689	721	381	361	402	414	421	236	217	243	223	237
Rheinland-Pfalz	149	144	152	170	164	106	92	100	107	103	53	45	43	48	50
Saarland	50	48	49	44	45	26	26	28	31	26	16	(11)	17	20	22
Sachsen	262	272	297	296	308	126	125	142	139	143	84	71	74	83	82
Sachsen-Anhalt	140	145	148	153	157	81	87	87	93	90	74	60	74	68	70
Schleswig-Holstein	110	101	107	116	129	51	44	56	54	59	25	26	28	27	34
Thüringen	132	128	131	134	133	54	67	69	74	73	60	49	49	47	41
Bundesrepublik Deutschland	3.290	3.237	3.450	3.632	3.732	1.836	1.771	1.884	1.935	1.952	1.142	1.044	1.074	1.067	1.075

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW - ^{***)} Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt

noch Tabelle 25

Von Armutsrisiko betroffene Personen^{*)} nach Region^{**)}

Haushaltstyp^{***)}

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Ein(e) Erwachsene(r) und ein oder mehrere Kinder					Zwei Erwachsene und ein Kind					Zwei Erwachsene und zwei Kinder				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	1000														
Baden-Württemberg	113	101	104	99	100	75	69	54	58	59	105	98	99	92	105
Bayern	145	153	146	134	140	96	89	84	76	74	139	130	135	115	110
Berlin	69	60	58	67	70	51	49	37	45	35	57	48	48	44	41
Brandenburg	58	51	49	45	45	53	50	33	30	31	47	43	31	32	31
Bremen	16	15	15	20	12	11	13	(8)	(9)	(8)	14	16	13	11	12
Hamburg	28	26	25	28	28	28	22	22	15	(8)	23	20	25	19	24
Hessen	70	62	70	71	64	48	52	48	49	45	89	81	73	70	74
Mecklenburg-Vorpommern	46	43	38	44	37	36	36	41	32	32	37	34	32	29	26
Niedersachsen	115	124	132	144	143	75	81	75	80	75	139	131	127	106	103
Nordrhein-Westfalen	254	236	262	260	270	202	183	199	166	167	300	320	272	277	270
Rheinland-Pfalz	60	55	59	66	65	37	44	33	34	32	57	54	47	45	41
Saarland	15	14	14	17	16	(8)	14	14	(10)	13	13	14	15	15	(10)
Sachsen	81	83	81	74	86	80	68	64	61	61	77	67	72	63	54
Sachsen-Anhalt	62	56	54	60	62	59	55	40	48	39	44	46	46	38	30
Schleswig-Holstein	40	44	41	43	45	26	24	19	25	25	39	27	32	31	36
Thüringen	51	51	50	52	45	48	40	38	33	32	48	39	34	32	29
Bundesrepublik Deutschland	1.223	1.175	1.199	1.226	1.230	934	890	809	772	737	1.230	1.164	1.101	1.015	994

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW - ^{***)} Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt

noch Tabelle 25

Von Armutsrisiko betroffene Personen^{*)} nach Region^{**)}

Haushaltstyp^{***)}

Auf Basis des Bundesmedians

Regionaleinheit	Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder					Sonstige Haushalte mit Kindern				
	2005	2006	2007	2008	2009	2005	2006	2007	2008	2009
	1000									
Baden-Württemberg	105	98	101	101	103	127	125	105	112	128
Bayern	126	99	95	97	96	119	107	105	107	117
Berlin	42	34	40	44	44	63	45	46	43	60
Brandenburg	17	26	17	(11)	(11)	45	38	44	30	30
Bremen	11	(5)	/	(10)	10	21	20	16	15	15
Hamburg	23	18	21	27	24	30	32	30	25	28
Hessen	85	74	61	75	80	99	87	82	82	66
Mecklenburg-Vorpommern	28	18	22	18	18	36	35	33	29	32
Niedersachsen	144	155	146	141	109	132	121	117	130	146
Nordrhein-Westfalen	311	269	270	286	279	291	290	292	277	311
Rheinland-Pfalz	50	45	47	50	50	56	48	56	55	58
Saarland	13	12	(10)	/	(7)	20	26	24	16	20
Sachsen	34	34	38	31	28	71	61	54	44	43
Sachsen-Anhalt	30	23	21	14	(11)	57	48	41	48	48
Schleswig-Holstein	40	37	31	32	32	36	33	36	38	29
Thüringen	23	23	16	14	18	43	36	41	28	28
Bundesrepublik Deutschland	1.083	970	937	953	916	1.247	1.152	1.120	1.076	1.156

^{*)} Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet - ^{**)} Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW - ^{***)} Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt

Tabellen zu den Fragen 27 und 28:

Tabelle 26:**Verbraucherinsolvenzen nach Ländern****Jahr 2005**

Land	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Einwohner ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
	Anzahl					je 100 000 Einwohner
Deutschland	66 945	279	1 674	68 898	82 437 995	84
Baden-Württemberg	6 053	21	424	6 498	10 735 701	61
Bayern	7 105	19	117	7 241	12 468 726	58
Berlin	3 047	1	101	3 149	3 395 189	93
Brandenburg	2 360	15	52	2 427	2 559 483	95
Bremen	1 019	2	14	1 035	663 467	156
Hamburg	2 109	1	9	2 119	1 743 627	122
Hessen	3 677	17	73	3 767	6 092 354	62
Mecklenburg-Vorpommern	1 839	6	44	1 889	1 707 266	111
Niedersachsen	9 509	9	81	9 599	7 993 946	120
Nordrhein-Westfalen	15 733	98	382	16 213	18 058 105	90
Rheinland-Pfalz	2 983	10	173	3 166	4 058 843	78
Saarland	1 472	2	20	1 494	1 050 293	142
Sachsen	3 136	52	53	3 241	4 273 754	76
Sachsen-Anhalt	2 486	9	70	2 565	2 469 716	104
Schleswig-Holstein	2 733	5	50	2 788	2 832 950	98
Thüringen	1 684	12	11	1 707	2 334 575	73

Tabelle 27:**Verbraucherinsolvenzen nach Ländern****Jahr 2006**

Land	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Einwohner ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
	Anzahl					je 100 000 Einwohner
Deutschland	94 389	285	1 912	96 586	82 314 906	117
Baden-Württemberg	8 389	12	408	8 809	10 738 753	82
Bayern	9 741	29	152	9 922	12 492 658	79
Berlin	5 025	3	72	5 100	3 404 037	150
Brandenburg	3 627	15	62	3 704	2 547 772	145
Bremen	2 030	1	20	2 051	663 979	309
Hamburg	2 649	3	16	2 668	1 754 182	152
Hessen	5 679	19	108	5 806	6 075 359	96
Mecklenburg-Vorpommern	2 613	5	62	2 680	1 693 754	158
Niedersachsen	12 442	20	112	12 574	7 982 685	158
Nordrhein-Westfalen	21 006	93	502	21 601	18 028 745	120
Rheinland-Pfalz	3 853	9	170	4 032	4 052 860	99
Saarland	2 058	1	12	2 071	1 043 167	199
Sachsen	4 515	49	37	4 601	4 249 774	108
Sachsen-Anhalt	3 695	5	107	3 807	2 441 787	156
Schleswig-Holstein	4 252	13	65	4 330	2 834 254	153
Thüringen	2 815	8	7	2 830	2 311 140	122

Tabelle 28:**Verbraucherinsolvenzen nach Ländern****Jahr 2007**

Land	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Einwohner ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
	Anzahl					je 100 000 Einwohner
Deutschland	103 085	361	1 792	105 238	82 217 837	128
Baden-Württemberg	9 265	21	410	9 696	10 749 755	90
Bayern	10 780	34	148	10 962	12 520 332	88
Berlin	5 948	1	74	6 023	3 416 255	176
Brandenburg	4 501	7	55	4 563	2 535 737	180
Bremen	1 198	1	23	1 222	663 082	184
Hamburg	2 818	3	16	2 837	1 770 629	160
Hessen	6 630	12	113	6 755	6 072 555	111
Mecklenburg-Vorpommern	1 913	15	63	1 991	1 679 682	119
Niedersachsen	13 470	31	124	13 625	7 971 684	171
Nordrhein-Westfalen	23 907	123	325	24 355	17 996 621	135
Rheinland-Pfalz	4 278	4	168	4 450	4 045 643	110
Saarland	1 663	-	18	1 681	1 036 598	162
Sachsen	5 134	82	35	5 251	4 220 200	124
Sachsen-Anhalt	4 043	19	111	4 173	2 412 472	173
Schleswig-Holstein	4 497	2	93	4 592	2 837 373	162
Thüringen	3 040	6	16	3 062	2 289 219	134

Tabelle 29:**Verbraucherinsolvenzen nach Ländern****Jahr 2008**

Land	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Einwohner ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
	Anzahl					je 100 000 Einwohner
Deutschland	95 730	391	2 019	98 140	82 002 356	120
Baden-Württemberg	9 031	24	545	9 600	10 749 506	89
Bayern	10 434	39	151	10 624	12 519 728	85
Berlin	4 318	3	68	4 389	3 431 675	128
Brandenburg	4 031	5	51	4 087	2 522 493	162
Bremen	1 297	1	23	1 321	661 866	200
Hamburg	2 499	1	16	2 516	1 772 100	142
Hessen	6 580	19	134	6 733	6 064 953	111
Mecklenburg-Vorpommern	1 818	14	71	1 903	1 664 356	114
Niedersachsen	13 111	25	163	13 299	7 947 244	167
Nordrhein-Westfalen	22 426	159	419	23 004	17 933 064	128
Rheinland-Pfalz	4 115	9	134	4 258	4 028 351	106
Saarland	1 579	-	21	1 600	1 030 324	155
Sachsen	4 439	71	42	4 552	4 192 801	109
Sachsen-Anhalt	3 484	6	107	3 597	2 381 872	151
Schleswig-Holstein	4 159	5	59	4 223	2 834 260	149
Thüringen	2 409	10	15	2 434	2 267 763	107

Tabelle 30:

Verbraucherinsolvenzen nach Ländern

Jahr 2009

Land	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Einwohner ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
	Anzahl					je 100 000 Einwohner
Deutschland	98 776	429	1 897	101 102	81 802 257	124
Baden-Württemberg	9 501	24	454	9 979	10 744 921	93
Bayern	10 182	48	162	10 392	12 510 331	83
Berlin	4 412	3	56	4 471	3 442 675	130
Brandenburg	4 270	7	50	4 327	2 511 525	172
Bremen	1 470	-	17	1 487	661 716	225
Hamburg	2 647	5	25	2 677	1 774 224	151
Hessen	6 650	17	136	6 803	6 061 951	112
Mecklenburg-Vorpommern	1 872	19	91	1 982	1 651 216	120
Niedersachsen	13 180	34	176	13 390	7 928 815	169
Nordrhein-Westfalen	23 831	179	387	24 397	17 872 763	137
Rheinland-Pfalz	4 331	8	143	4 482	4 012 675	112
Saarland	1 675	-	18	1 693	1 022 585	166
Sachsen	4 408	52	27	4 487	4 168 732	108
Sachsen-Anhalt	3 387	11	66	3 464	2 356 219	147
Schleswig-Holstein	4 280	12	57	4 349	2 832 027	154
Thüringen	2 680	10	32	2 722	2 249 882	121

Tabelle 31:

Verbraucherinsolvenzen nach Ländern
Jahr 2010

Land	eröffnete Verfahren	mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Einwohner ¹⁾	Insolvenzquote ²⁾
	Anzahl					je 100 000 Einwohner
Deutschland	106 290	495	2 013	108 798	es liegen noch keine Angaben für 2010 vor	
Baden-Württemberg	10 276	40	450	10 766	s.o.	
Bayern	11 139	27	183	11 349	s.o.	
Berlin	4 660	1	45	4 706	s.o.	
Brandenburg	4 208	11	54	4 273	s.o.	
Bremen	1 625	5	26	1 656	s.o.	
Hamburg	2 860	13	14	2 887	s.o.	
Hessen	7 353	17	187	7 557	s.o.	
Mecklenburg-Vorpommern	2 174	6	83	2 263	s.o.	
Niedersachsen	14 262	43	180	14 485	s.o.	
Nordrhein-Westfalen	25 629	234	466	26 329	s.o.	
Rheinland-Pfalz	4 896	19	126	5 041	s.o.	
Saarland	1 647	1	22	1 670	s.o.	
Sachsen	4 927	52	20	4 999	s.o.	
Sachsen-Anhalt	3 418	9	58	3 485	s.o.	
Schleswig-Holstein	4 532	14	69	4 615	s.o.	
Thüringen	2 684	3	30	2 717	s.o.	

¹⁾ Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung

²⁾ Insolvenzquote = Privatinsolvenzverfahren insgesamt pro 100 000 Einwohner

